76. Jahrgang. Nr. 232 Donnerstag, 19. Mai 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 18541
Nur für Nachtgespräche: Nr. 10011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 100 Pfg., außerhalb 150 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Kaysch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1055 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Die Abrüstungskonferenz arbeitet wieder

Frankreich setzt seine Sabotage fort

Genf, 18. Mai. Die Arbeiten der Abrüstungskonferenz sind am Mittwoch in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Sie tragen jedoch, wie seit Wochen, einen rein technischen Charakter. Die zahlreichen Ausschüsse der Abrüstungskonferenz beschäftigen sich gegenwärtig noch immer mit der Frage der Begriffsbestimmung der Angriffswaffen. Diese Verhandlungen sind bisher wenig erfolgreich verlaufen, da auf französischer Seite gerade die schweren Angriffswaffen als Verteidigungsmittel hingestellt werden und damit der englisch-amerikanische Versuch, zu einem allgemeinen Verbot der Angriffswaffen zu gelangen, planmäßig sabotiert wird.

Im Luftfahrtausschuß

kam es am Mittwoch völlig unerwartet zu einer großen politischen Aussprache über die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages. Die Aussprache wurde hervorgerufen durch eine ungewöhnlich scharfe, rein den französischen Standpunkt vertretende Erklärung des belgischen Senators Brouckere.

Brouckere lehnte in seiner Erklärung scharf den Vorschlag des deutschen Vertreters ab, die völlige Abschaffung der Militärluftfahrt als Verhandlungsgrundlage zu nehmen.

Ministerialdirektor Brandenburg hatte unter anderem darauf verwiesen, daß Deutschland mangels jeglicher Luftabwehr die Luftwaffe in jeder Form als eine äußerst gefährliche Angriffswaffe betrachte und daher die gänzliche Beseitigung der Militärluftfahrt fordern müsse. Der deutsche Vertreter hatte zur Bekräftigung seines Vorschlages auf die Luftabrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages aufmerksam gemacht. Der belgische Vertreter erklärte, der deutsche Vorschlag werfe die Frage der Gleichberechtigung und der Gleichstellung der Rüstungen auf, die als eine rein politische Frage im Ausschuß nicht behandelt werden könne. Nach der Erklärung Brouckeres erhob sich sofort der französische Luftfahrtminister Dumesnil und erklärte, daß die französische Abordnung sich völlig auf den von Brouckere vertretenen Standpunkt stelle.

Die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages seien eine rein politische Frage, die vom Luftfahrtausschuß nicht behandelt werden dürfe.

Ministerialdirektor Brandenburg verwahrte sich in deutlicher Sprache in einer scharfen Erklärung dagegen, daß politische Fragen, insbesondere die Frage der Gleichberechtigung, von deutscher Seite in diesem Ausschuß aufgeworfen worden seien und die Verhandlungen von seiten der deutschen Abordnung einen politischen Charakter erhalten hätten. Der deutsche Vertreter verlas sodann die Präambel zum Teil 5 des Versailler Vertrages, in der bekanntlich die Entwaffnung Deutschlands als der erste Schritt zur allgemeinen Abrüstung erklärt wird, und betonte, **daß der Angriffscharakter der Militärluftfahrt deutlich aus der Antwortnote der alliierten und assoziierten Mächte an die deutsche Regierung vom 16. Juni 1919 hervorgehe,**

in der die Abschaffung der deutschen Militärluftfahrt damit begründet wurde, daß hierdurch alle kriegerischen Angriffsmöglichkeiten unmöglich gemacht werden sollten.

Die Vertreter von Sowjetrußland, Holland und Ungarn schlossen sich den Ausführungen des deutschen Vertreters an. Der Vorsitzende des Luftfahrtausschusses, der spanische Botschafter Madariaga, gab hierauf eine Erklärung ab, in der er sich der französischen Auffassung anschloß, daß der Luftfahrtausschuß sich keineswegs darum kümmern könne, ob in Versailles bestimmte Waffen den besiegten Ländern als Angriffswaffen verboten worden seien.

Der Antrag der deutschen Abordnung auf ein völliges Verbot der gesamten militärischen Luftfahrt wurde mit 22 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Für den deutschen Antrag stimmten außer den Antragstellern Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, Sowjetrußland, die Türkei und China.

*

Die Verhandlungen im Luftfahrtausschuß haben durch den französisch-belgischen Vorstoß eine rein politische Richtung genommen und die Unüberbrückbarkeit der Gegensätze in sämtlichen Abrüstungsfragen gezeigt. Zum ersten Male ist jetzt offen von französischer und belgischer Seite die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands in schroffer Weise abgelehnt worden. Die auch von deutscher Seite teilweise gehegte Hoffnung, daß ein gewisses Verständnis für den grundsätzlichen deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage vorhanden sei, hat sich damit als völlig unbegründet erwiesen. Die Vertreter Frankreichs und Belgiens haben sich offen auf den Standpunkt gestellt, daß Deutschland im Versailler Vertrag nicht nur die Angriffswaffen, sondern auch die Verteidigungsmittel genommen worden sind, und haben somit die deutsche Auffassung, die Frage der Angriffswaffen sei durch den Versailler Vertrag bereits entschieden, vollständig abgelehnt. Unter diesen Umständen erscheint es äußerst fraglich, wieweit noch auf der Abrüstungskonferenz eine Durchsetzung des deutschen Standpunktes möglich sein wird. Die energische und ruhige Haltung des deutschen Vertreters, Ministerialdirektors Brandenburg, in der schwierigen politischen Aussprache des Luftfahrtausschusses hat in allen neutralen Kreisen einen nachhaltigen Eindruck gemacht. Die Vorgänge im Luftfahrtausschuß sind außerordentlich bezeichnend für den gesamten Gang der Abrüstungsverhandlungen.

Genfer Aufgaben und Aussichten

Von Generalmajor a. D. E. Wagner

Nach Abschluß der französischen Wahlen werden die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wieder richtig in Fluß kommen, vorausgesetzt, daß Frankreich nicht neue Mittel und Wege findet, sie zu verschleppen. Entscheidendes ist in den mehr als drei Monaten, die die Konferenz jetzt schon tagt, noch nicht beschlossen worden. Man hat bisher immer Kompromißlösungen gefunden, die um die entscheidenden Fragen herumgingen. Der Gegensatz zwischen den deutschen und den französischen Forderungen ist noch nicht zum Austrag gekommen. Weder die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung, noch das Memorandum, das Frankreich der Konferenz gleich zu Beginn vorgelegt und in dem es seine Forderungen in Form praktischer Anträge zusammengefaßt hatte, haben bisher zur entscheidenden Verhandlung gestanden. Man wird den Verhandlungen und Entscheidungen darüber aber nicht länger aus dem Wege gehen können, wenn man überhaupt vorwärtskommen will, zumal durch die heutigen Verhandlungen im Luftfahrtausschuß die Frage der Gleichberechtigung ins Rollen gekommen ist.

Das Wesentliche der französischen Anträge ist die Forderung der Bildung einer Völkerbundsstreitmacht. Frankreich stützt seine Forderung auf seine Auslegung des bekannten Artikels 8 der Völkerbundssatzung, insbesondere auf die Worte, daß die Bundesmitglieder sich zu dem Grundsatz einer „Herabsetzung der Rüstungen auf das Mindestmaß, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen" vereinbar ist, bekennen. Demgegenüber muß Deutschland folgenden Standpunkt vertreten:

1. Artikel 8 stellt die „nationale Sicherheit" als Maßstab der Abrüstung vor die Organisierung des gemeinschaftlichen Vorgehens. Auf diese „nationale Sicherheit" haben alle Bundesmitglieder den gleichen Anspruch, Deutschland genau so wie Frankreich. Vor allem anderen gilt es also, das Prinzip der nationalen Sicherheit für alle Staaten zu verwirklichen.

2. Es handelt sich in Genf nicht um die Bildung überstaatlicher Kriegsinstrumente, sondern um weitestmögliche Herabsetzung der Rüstung. In dem französischen Vorschlag ist aber von „Abrüstung" überhaupt nicht die Rede.

3. Frankreich hat am wenigsten Grund, sich für eine überstaatliche Streitmacht einzusetzen; denn sein Besitzstand ist durch internationale Abmachungen besser gesichert als der jedes anderen Staates. Der Locarnopakt sichert seine Ostgrenze gegen einen Angreifer durch die Zusage militärischer Unterstützung Englands, Italiens und Belgiens. Kelloggpakt und die zahlreichen sonstigen Schiedsgerichtsabkommen geben Frankreich weitere Sicherheit gegen Kriegsgefahr. Die „besonderen Verhältnisse" und die „geographische Lage", die nach Artikel 8 der Völkerbundssatzung für die Abrüstung berücksichtigt werden sollen, sind bei Frankreich besonders günstig (entmilitarisierte Zone an der deutschen Westgrenze, französisches Befestigungssystem und Schutz der Grenzen durch natürliche Hindernisse — Alpen, Pyrenäen —) und erlauben ohne weiteres den Abbau der französischen Rüstung.

4. Das französische Projekt ist aus den verschiedensten Gründen (Organisation, Rekrutierung, Unterbringung usw.) praktisch undurchführbar. Große Staaten — USA., Rußland, Türkei — gehören dem Völkerbund nicht an. Sie werden sich sicher auch nicht an der Bildung einer Völkerbundsstreitmacht beteiligen. Aber auch die dem Völkerbund angehörenden Staaten werden kaum bereit sein, starke Kräfte ihrer Wehrmacht für Kämpfe auf weit entfernt liegenden Kriegsschauplätzen, an deren Ausgang sie nicht interessiert sind, zur Verfügung zu stellen. Das französische Projekt ist auch in sich widerspruchsvoll, es fordert auf der einen Seite Humanisierung der Kriege, auf der anderen aber die Ueberweisung der schweren Angriffswaffen an den Völkerbund, doch wohl nicht, um sie ins Arsenal zu stellen, sondern um sie zu verwenden.

Soweit die französischen Anträge bisher überhaupt bei den Debatten erwähnt worden sind, haben sie meist eine abfällige Kritik erfahren. Grundsätzlich ablehnend scheinen ihnen Italien, England und Amerika gegenüberzustehen. Der italienische Außenminister Grandi wies sie mit den treffenden Worten zurück: Es handele sich für die Konferenz jetzt darum, dem Rechte mehr Macht und nicht der Macht mehr Rechte zu geben. Auch in der Presse, selbst in einigen französischen Zeitungen, wird die Idee der Aufstellung einer Völkerbundsstreitmacht meist verworfen.

Schon bevor der offizielle französische Antrag bekanntgegeben war, hatte sich der General Aubier in „La France Militaire" vom 18. Dezember 1931 gegen die Bil-

Die Börsenmanöver beim Tode Ivar Kreugers

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Börsenmanöver am Todestage Kreugers sind in letzter Zeit oft besprochen worden. Man ging dabei, wie der Stockholmer Korrespondent der „DAZ." berichtet, meistens davon aus, daß die Millionenbeträge von Kreugerpapieren, die an jenem Sonnabend nicht nur in Stockholm und Neuyork, sondern an allen Börsenplätzen der Welt auf den Markt geworfen wurden, von stellvertretenden Generaldirektoren der A.-G. Kreuger & Toll abgegeben worden waren,

während das große Publikum noch so lange in Ungewißheit gelassen wurde, bis die Börsenzeit an jenem Sonnabend vorüber war.

Nach einer Mitteilung des Nachlaßverwalters Ivar Kreugers steht aber heute fest, daß Littorin um 2 Uhr den Selbstmord entdeckte und von der Wohnung Kreugers sofort in die Versammlung ausländischer Bankiers fuhr, die schon seit Stunden vergeblich auf Kreuger wartete. Dort teilte er ganz offen den Selbstmord mit, so daß also die anwesenden französischen und amerikanischen Bankiers noch Zeit hatten, telegraphisch Verkaufsorders an jenem entscheidenden Sonnabend zu geben, so lange das Publikum noch nichts vom Tode wußte.

Wenige Eingeweihte konnten also noch die Papiere zum alten Kurs abstoßen.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieser Transaktion hat man auch Aufklärung in einen Sachverhalt gebracht, in dem man sich bisher nur in Vermutungen erging, nämlich über die Frage, welche Zeitungen Ivar Kreuger in Stockholm besaß. Es wird heute zugegeben, daß Kreuger nicht nur die alte angesehene Zeitung „Stockholms Dagbladet" besaß, die später mit den liberalen „Stockholms Tidningen" vereinigt wurde, sondern auch die bedeutendste schwedische Zeitung „Svenska Dagbladet". Da Kreuger außerdem noch das „Aftenbladet" finanzierte, verfügte er in Stockholm über nicht weniger als vier große Zeitungen. Einen Teil seiner Geschäfte machte Ivar Kreuger über seinen Bruder

Torsten Kreuger, der für Deutschland auch als Vertreter derjenigen Kreise wichtig ist, die den Ausbau der Interessen Polens an der Ostsee mit allen Mitteln fördern.

Als Besitzer der schwedischen Reederei Svea nahm sich Torsten Kreuger besonders der Ausfuhr der polnischen Kohle an, die ja dann auch in den letzten Jahren infolge ihres niedrigen Preises die englische Kohle vollkommen vom skandinavischen Markt verdrängt hat. Die Ausfuhr dieser Kohle geschah aber nicht, wie es natürlich gewesen wäre, über Danzig, sondern über Gdingen. Die Brüder Kreuger unterstützten den Ausbau dieses polnischen Hafens. Torsten Kreuger ist polnischer Generalkonsul.

Tunneleinsturz - 42 Arbeiter verschüttet

Valparaiso, 18. Mai. Auf der Transandischen Bahn ereignete sich heute nahe der chilenisch-argentinischen Grenze ein furchtbares Unglück. In der Nähe der Grenze bei Las Naicas wird ein neuer Tunnel gebaut. Ein Teil des Baues ist heute eingestürzt und hat 42 Arbeiter unter den Trümmern begraben. Es besteht keine Hoffnung mehr, die 42 Verunglückten zu retten.

Ein erlogenes Geständnis

Neuyork, 18. Mai. Frank Parzych, der gestern erklärte, er sei einer der Entführer des Lindbergh-Kindes und den Tod des Kindes bei der Entführung eingehend schilderte, hat heute vor der Polizei gestanden, daß seine Angaben erlogen seien.